

Breiter Dialog ums Breitband

Sonntag, 14. September 2008 13:50

Rund 60 Kommunalpolitiker informierten sich im Kreishaus



1 / 1

Ein Kompliment sprach Landrätin Sabine Röhl den Veranstaltern des „Breitband-Dialogs“ aus, zu dem sich knapp 60 Kommunalpolitiker auch aus benachbarten Regionen im Kreishaus Bad Dürkheim eingefunden hatten. Die Kreisverwaltung hatte die Räumlichkeiten dem rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt, um mitzuhelfen, die so genannte „Breitband-Initiative“ des Landes, die einer Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Standortes Rheinland-Pfalz dienen soll, voran zu treiben. Organisiert hatte das Treffen IHK Zetis Kaiserslautern als Kooperationspartner des Wirtschaftsministeriums.

„Wir konnten einen Schritt weiter zur Klarheit in diesem Thema machen“, resümierte die Landrätin. Die Veranstaltung habe gezeigt, dass für die Gemeinden maßgeschneiderte Lösungen möglich seien. Ansprechpartner des Ministeriums, aus dem Dienstleistungsbereich und der Technik (Anbieter) standen den Abgeordneten Schindler und Mittrücker, den Bürgermeistern und Beigeordneten, Kreistagsmitgliedern sowie VerwaltungsmitarbeiterInnen an drei Dialog-Inseln im Ratssaal zur Verfügung. Diese 15. Veranstaltung der Breitbandinitiative des Landes sei „erfreulich intensiv gelaufen“, bilanzierte Moderator Dr. Klaus Winkler (Fa. Symbiosis aus Frankfurt). Die Anwesenden hätten sich überwiegend für kabelgebundene Lösungen interessiert und sie auch bevorzugt. Teilweise seien Mischlösungen ins Gespräch gebracht worden. Ein Rat der Fachleute an die Kommunalpolitiker: „Nicht gleich jedem Flyer nachkommen, erst einen Bedarfsplan aufstellen“. Man habe viele praktische Fragen notiert, erklärte Dr. Gerald Wiesch vom Ministerium, die – soweit noch notwendig - in Kürze beantwortet würden. Er ging speziell auch auf die finanziellen Fördermöglichkeiten ein. Anträge seien an die ADD zu stellen. Problematisch sei es bei unausgeglichene Haushalten; da Breitbandversorgung keine Pflichtaufgabe der Kommunen sei, könne die Kommunalaufsicht die Pläne auch versagen. Es gelte aber, jeweils individuelle Lösungen zu suchen. Auch das Mainzer Innenministerium stehe da mit Rat den Gemeinden zur Seite.